

Nitrat

Ein Drittel des Grundwassers ist verschmutzt

Die Nitratbelastung in Deutschland ist zu hoch, die EU hat bereits Klage eingereicht, die Werte steigen laut eines Medienberichts dennoch. Hauptgrund: die Landwirtschaft.

16. September 2016, 14:04 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, APF, haw / 125 Kommentare



Eine neue Düngeverordnung könnte helfen, sagt Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). © Sean Gallup/Getty Images

Deutschland bekommt die Grundwasserverschmutzung durch Nitrat nicht in den Griff. Nach [Recherchen von WDR und NDR \[http://www.tagesschau.de/inland/nitrat-grundwasser-101.html\]](http://www.tagesschau.de/inland/nitrat-grundwasser-101.html) liegt die Konzentration des Salzes in immer mehr Grundwasservorkommen über den EU-weit gültigen Grenzwerten von 50 Milligramm pro Liter. Inzwischen gilt das auf fast einem Drittel der Fläche der Bundesrepublik.

In einigen Bundesländern ist die Belastung sogar noch weiter verteilt: In Nordrhein-Westfalen überschreiten die Nitratwerte die [EU-Vorgaben \[http://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/factsheets/nitrates/de.pdf\]](http://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/factsheets/nitrates/de.pdf) auf 40 Prozent der Fläche, in Schleswig-Holstein auf 50 Prozent und in Niedersachsen sogar auf mehr als 60 Prozent. Das berichten die Sender unter Berufung auf eine Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen.

[Hauptverursacher der Grundwasserverschmutzung \[http://www.zeit.de/2013/42/quelle-agrarwirtschaft\]](http://www.zeit.de/2013/42/quelle-agrarwirtschaft) sei aus Sicht des Umweltministeriums die Landwirtschaft, heißt es in dem

Bericht. [Umweltministerin Barbara Hendricks \[http://www.zeit.de/2016/28/barbara-hendricks-bundesumweltministerin-umweltschutz\]](http://www.zeit.de/2016/28/barbara-hendricks-bundesumweltministerin-umweltschutz) (SPD) setze sich daher für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik und eine Verschärfung der Düngeverordnung ein.

Nitrat beschleunigt das Wachstum von Pflanzen und wird häufig als Düngemittel eingesetzt. Es sickert bei landwirtschaftlicher Bodennutzung und vor allem beim Düngen mit Gülle durch den Boden ins Grundwasser. Regionen mit viel Tierhaltung und Ackerbau sind davon besonders betroffen.

Handlungsbedarf sieht auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). "Die Landwirtschaft hat einige Schlüssel in der Hand – deswegen sind wir auch seit längerer Zeit dabei, eine neue Düngeverordnung auf den Weg zu bringen", sagte er den Sendern. Eine neue Verordnung wurde bereits mehrfach angekündigt, bis heute aber nicht verabschiedet. Laut Umweltministerium ist der neue Zeitrahmen Frühjahr 2017.

Ein solcher Erlass reicht nicht, findet die Grünen-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses, Bärbel Höhn. Sie schlug zur Lösung des Nitratproblems einen generellen "Neustart in der Landwirtschaft" vor. "Die Massentierhaltung versaut uns das Grundwasser", sagte Höhn NDR und WDR. Auch das sei "ein Preis für das Billigschnitzel". In Regionen, in denen massenhaft Fleisch produziert wird, [quellen die Ställe über vor Gülle \[http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-05/guelle-massentierhaltung\]](http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-05/guelle-massentierhaltung). Viele Felder verwandeln sich in Entsorgungsflächen und sind überflutet mit Dung.

Verschmutzung besonders für Kinder und Schwangere gefährlich

Am heftigsten wehrt sich die Landwirtschaft gegen verschärfte Regeln zur Ausbringung und Lagerung von Gülle. Der Deutsche Bauernverband nannte es in einer im NDR/WDR-Bericht zitierten Stellungnahme "problematisch, dass die Düngeverordnung viele detaillierte Regelungen vorsieht, die zu starr und nicht praxistauglich sind". Zudem bezweifelt der Verband die jüngsten Zahlen des Umweltministeriums zur Nitratbelastung des Grundwassers und beruft sich auf den [Nitratbericht aus dem Jahr 2012 \[http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nitratbericht_2012_bf.pdf\]](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nitratbericht_2012_bf.pdf). Dieser zeige vielmehr eine deutliche Verbesserung der Grundwasserqualität.

Wegen des zu hohen Nitratgehalts in deutschen Gewässern hatte sich die EU-Kommission im Frühjahr dazu entschieden, [Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof anzuklagen](#).

In ihrem jüngsten Schreiben an die Bundesregierung bezeichnete die Kommission laut NDR und WDR die Lage als "äußerst besorgniserregend". Deutschland habe es versäumt, strenger gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat vorzugehen, und damit die europäische Nitratrichtlinie von 1991 missachtet.

Überhöhte Mengen von Nitrat führen zu starken Wasserverunreinigungen und verringern die biologische Vielfalt in den Gewässern. Eine Konzentration über dem gültigen Grenzwert kann nach Angaben der EU-Kommission erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen haben, insbesondere auf schwangere Frauen und Kleinkinder.